

Der BBC-Skandal Die britische Rundfunkanstalt BBC, weltweit als Hort des guten Journalismus gerühmt, steckt in ihrer größten Krise. Erst wurde ein bekannter Moderator als Kinderschänder enttarnt, dann stellte man einen Politiker zu Unrecht als Kinderschänder bloß. Der BBC-Chef ist zurückgetreten, weitere Verantwortliche könnten folgen. Und mancher Politiker glaubt, alte Rechnungen begleichen zu können



Wäre nicht die Idealbesetzung für die Rolle des Anchorman: König Edward VIII. vor dem BBC-Mikrofon im Jahr 1935 bei einer Rede an die Nation.

FOTO: CORBIS

Gottes Werk und Teufels Beitrag

In der BBC lebt die alte Größe des Empires fort – viele Briten fürchten nun um einen Teil ihrer nationalen Identität

Vor dem Savile-Skandal hätten die meisten Briten auf die Frage, was ihnen als erstes zu der BBC-Sendung Newsnight einfiele, wohl geantwortet: „Dieses Interview mit Michael Howard.“ Das legendäre Gespräch ging im Mai 1997 über den Sender. Es drehte sich um die Entlassung eines Gefängnisdirektors und darum, ob der britische Innenminister Michael Howard sich in diesen Vorgang mit der Drohung eingemischt habe, den zuständigen Leiter der Strafvollzugsbehörde zu überstimmen. Newsnight-Moderator Jeremy Paxman stellte Howard ein Dutzend Mal dieselbe Frage: „Haben Sie gedroht, ihn zu überstimmen?“ Und Howard gab ein Dutzend Mal eine ausweichende Antwort.

Das Interview ist im öffentlichen Gedächtnis geblieben, weil sich darin vieles kristallisiert, was als typisch für die beteiligten Personen und Institutionen galt: ein sich wendender Politiker, ein gnadenlos nachfassender, seinem Ruf als BBC-Pitbull vollauf gerecht werdender Paxman. Und die Bestätigung von Newsnights Status als Goldstandard für unnachgiebigen Journalismus.

Der Schock, den die beiden jüngsten Newsnight-Skandale auszulösen imstande waren, ist in seiner ganzen Tiefe nur verständlich, wenn man sich vor Augen hält, welchen Vertrauensvorsprung die Sendung und ihr Sender noch immer genießen. Im Jahr 1980 in seiner heutigen Gestalt als halbstündige Live-Sendung mit Interviews, Analysen, Debattierunden und aktuellen Beiträgen aus der Taufe gehoben, erarbeitete Newsnight sich in der Thatcher-Ära seinen Ruf als antagonistisches, aber journalistisch vorbildhaftes Format. Jeremy Paxman, der den Job als Newsnight-Anchorman seit 1989 versieht,

ist in seiner zum Markenzeichen gewordenen Arroganz zwar eine Ausnahmeerscheinung bei der BBC. Aber Paxmans Abgehobenheit gilt vielen als Beweis seiner Unparteilichkeit, und im weiteren Sinne als Manifestation der unangreifbaren institutionellen Objektivität der BBC.

Die gesellschaftliche Rolle der halb scherzhaft, halb zärtlich „Auntie“ (Tanten) genannten British Broadcasting Corporation ist mit der eines anderen öffentlich-rechtlichen Senders vergleichbar. Die BBC wird, wie der Gesundheitsdienst NHS, von vielen Briten als Bestandteil ihrer nationalen Identität empfunden. Sie ist nicht nur die älteste landesweite Sendeanstalt der Welt, sondern trotz aller Sparmaßnahmen auch noch immer diejenige mit den

meisten Angestellten. Als das britische Empire zu schrumpfen begann, traten viele, die zuvor für eine koloniale Offizierskarriere infrage gekommen wären, stattdessen in den Dienst des Senders, weil „BBC-Journalist“ als einer der wenigen akzeptablen Berufe für einen wahren Gentleman galt.

Gerade hat das Medien-Museum in Bradford eine Ausstellung anlässlich des 90. Gründungstags der BBC angekündigt, in der „originale Artefakte aus ihren Anfangsjahren“ gezeigt werden sollen. Darunter sind die Mikrofone, mit denen 1924 erstmals Glockenschläge von Big Ben aufgezeichnet wurden, die bis heute die Sechsuhr-Nachrichten bei BBC Radio 4 einläuten. Oder ein „Keksdosenradio“, das die Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg über

dem besetzen Europa abwarf, damit Widerstandskämpfer von der BBC ausgestrahlte „persönliche Nachrichten“ empfangen konnten. In einem Land, das seine industrielle Tradition weitgehend aufgegeben hat, ist die BBC eine der wenigen verbliebenen Institutionen, die nicht nur eine museale, sondern auch eine lebendige Verbindung mit der glorreichen britischen Vergangenheit herstellen. Zugleich zieht man die BBC gerne zur Beantwortung der Frage heran, wo Britannien, das doch einmal die Welt regierte, überhaupt noch Standards setzt. Dann wird die Qualität von Serien wie „Sherlock“, der Naturfilme eines David Attenborough oder eben der journalistischen Arbeit von Sendungen wie Newsnight als „weltweit führend“ gepriesen.

Das Selbstverständnis der Anstalt rührt nicht zuletzt von der Vision ihres Gründers John Reith her. Der schottische Pastorensohn gab die Marschrichtung aus, die BBC solle „bilden, informieren, unterhalten“. Hinter dieser Forderung stand Reiths feste Überzeugung, mit der BBC das Werk Gottes zu tun. Reith war ein Moralist und Autokrat, der Ehescheidung als Sünde verdammt und nicht zögerte, den BBC-Redaktionen Briefe zu schicken, in denen er Kleinigkeiten wie den „zu plauderhaften Ton“ eines Nachrichtensprechers harsch kritisierte. Solche Mikromanagement-Methoden sind heute undenkbar, was schon die Ahnungslosigkeit beweist, die der zurückgetretene BBC-Chef George Entwistle bei Interviews über das Newsnight-Debakel am Tag legte. Es würde niemand bei BBC mehr ernsthaft behaupten, Gottes Werk zu tun. Aber von ihrer Ausnahmestellung ist die BBC noch immer überzeugt. Davon wird sie sich nun erst einmal verabschieden müssen. ALEXANDER MENDEN

Das Echo in New York

Nirgends, von London abgesehen, dürfte der BBC-Skandal besorgter verfolgt werden als an der Achten Avenue in Manhattan. Dort, im Wolkenkratzer der „New York Times“, trat der frühere BBC-Direktor Mark Thompson am Montag seinen Job als Geschäftsführer des Times-Verlages aus. Die Frage liegt nahe: Kann jemand, der bis vor Kurzem Verantwortung für eine so belasteten Organisation trug, die ehrwürdige „Times“ führen?

Verleger Arthur Sulzberger stellte sich hinter Thompson: Bei Vorlage der Geschäftspläne am 25. Oktober sagte Sulzberger, Thompson habe ihm Bericht erstattet über die Vorgänge und klargestellt, dass er keine Verantwortung für den Skandal trage: „Wir bleiben bei unserer Überzeugung, dass er hohe ethische Standards einhält.“ In der Redaktion scheint die Stimmung verhaltener zu sein.

Die Zeitung berichtete ausführlich über den BBC-Skandal. Das Thema habe einen „Schatten“ über Thompsons Amtszeit geworfen, hieß es in einem Beitrag vor einer Woche. Wirtschaftsjournalist Joe Nocera schrieb anlässlich der Geschäftszahlen des eigenen Verlags eine Kolumne unter der Überschrift „Der richtige Mann für den Job?“ Darin bezweifelt er, dass Thompson sich mit dem nötigen Ernst um den Skandal gekümmert hat. Er habe „absichtsvoll ignorant“ gewirkt. Die Kolumne schließt mit den Worten: „Lassen Sie uns um der Mitarbeiter der Times willen – nicht zu reden von deren Lesern – hoffen, dass sich sein (Sulzbergers) Vertrauen in Thompson als gerechtfertigt erweisen wird. Andernfalls wäre die BBC nicht die einzige Organisation, deren Urteilsvermögen infrage gestellt wäre.“ NIKOLAUS PIPER

AUSSENANSICHT

Auf der Brücke der „Titanic“

In der Kommunistischen Partei Chinas herrschen die altbekannten Funktionäre. Sie steuern das größte Volk der Welt Richtung Eisberg. Von Wei Jingsheng

Der 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) erregt weltweit fast so viel Aufmerksamkeit wie die US-Präsidentenwahl. Viele denken, dass diese beiden Anlässe das Schicksal der Menschheit entscheiden werden. Ob die USA zu alter Stärke zurückfinden können, ist selbstverständlich sehr wichtig. Aber warum plötzlich auch China?

China, das letzte und größte kommunistische Land der Welt, steht an einem Wendepunkt. Wie die Sowjetunion vor 20 Jahren müsste es sich komplett verändern. In China lebt die größte Bevölkerung der Welt. Das Land ist mittlerweile die zweitgrößte Volkswirtschaft. Und was seine militärische Stärke betrifft, steht China auf Rang drei der Welt. Wenn sich ein Land mit einem solchen Potenzial von der Tyrannei des kommunistischen Systems befreien kann, wird das die Welt auf geradezu revolutionäre Weise politisch und wirtschaftlich verändern, ja verbessern.

Chinas derzeit halbstaatliche Wirtschaft ist nicht auf Dauer angelegt. Das Land hat zwei Optionen: Entweder macht die Regierung daraus eine echte Marktwirtschaft – dann könnte die stetige positive Wirtschaftsentwicklung weitergehen. Oder der Staatsanteil an der Wirtschaft wird wieder ausgeweitet – mit dem Ergebnis, dass wir, wie früher, eine von der Kommunistischen Partei gelenkte Wirtschaft vorfinden. Im ersten Fall wird die Einparteiensherrschaft der KPCh irgendwann zu

sammenbrechen. Das zweite Szenario dagegen beschreibt, was das kommunistische Regime im vergangenen Jahrzehnt getan hat. Dies aber wird ganz sicher in den Niedergang der chinesischen Wirtschaft münden. Ohnehin hat der Gini-Koeffizient Chinas, der die ungleiche Verteilung der Ressourcen in einem Land abbildet, bereits den Wert von 0,4 Prozent überschritten – das bedeutet höchste Alarmstufe. Diese Ungerechtigkeit könnte zur Revolution führen. In den vergangenen zweitausend Jahren chinesischer Geschichte wurden alle Dynastien gestürzt, weil der Wohlstand zu ungleich verteilt war. Und eine Revolution würde ebenfalls den Zusammenbruch der Einparteiensherrschaft bedeuten.

Eine ganze Reihe von Mitgliedern der Kommunistischen Partei ist sich dieser Gefahr bewusst. Genauso wie der Durchschnittschineser hoffen diese Parteimitglieder auf eine Reform des politischen Systems. Das ist der einzige Ausweg für China. Es ist auch der einzige Grund, warum die Menschen diesen Parteikongress so genau verfolgen. Einige Leute innerhalb der neu-

en Generation der kollektiven Führung lassen sie wissen, dass sie bereit zu Reformen sind. Der scheidende Premierminister Wen Jiabao gehört dazu. Aber auch andere – zum Beispiel der neue rechte Flügel der Partei oder die sogenannte „Bruderschaft der Yan'an-Kinder“. Selbst erklärte Linke tun das, Sima Nan zum Beispiel und der Autor und Professor Kong Qingdong; dann wiederum Rechte wie der ehemalige Banker Qin Xiao.

Auch der Hunger des Westens nach billiger Arbeitskraft behindert die Demokratisierung

Tatsächlich wartet fast jeder darauf, dass das politische System reformiert wird. Diese Reform muss viele Interessen zusammenbinden. Viele reiche und mächtige Menschen werden dadurch an Macht und Geld verlieren, viele arme Menschen werden profitieren und ihre Menschenrechte gesichert sehen. Diese politische Reform wird daher vor allem die Unterstü-

zung der Armen haben – die Reichen dagegen werden Widerstand leisten. In China ist die Zahl der Armen sehr groß, und doch haben sie keinen Einfluss. Ja: Ironischerweise haben im sich kommunistisch nennenden China die Massen fast keinerlei Entscheidungsgewalt. Sogar die Tausenden Vertreter der Kommunistischen Partei in Peking haben nur minimalen Einfluss. Denn die wahre Macht liegt in den Händen einiger weniger hundert amtierender und ehemaliger Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei oder, wie es auch oft genannt wird, in der Hand von Chinas Oligarchie plus seiner Georontokratie.

Das ständige Komitee des KPCh-Politbüros – die Oligarchie – entscheidet über fast alle wichtigen Themen. Die alten Männer – der ehemalige Parteichef Jiang Zemin, Ex-Premier Zhu Rongji oder die langgedienten Qiao Shi und Li Ruihuan – sind bei diesen Entscheidungen involviert. Sie, die Georontokraten, wie die Chinesen sie nennen, beteiligen sich noch heute aktiv an den Entscheidungen über die künftige

politische Linie und über die Besetzung neuer Posten auf höchsten Ebenen.

Vom ersten Tag des Kongresses an konnte man schon erkennen, dass die Situation verfahren ist. Die alten Mitglieder der Kommunistischen Partei tragen ihre Köpfe hoch erhoben und strafen ihre Schultern wie zum Kampf, während sie durch die Reihen des Kongresses und in der Geschichte vorangehen. Ihre politischen Berichte legten den Ton fest, den die nachfolgenden Oligarchen zu singen haben: Weder sollt ihr zum linksgerichteten Kommunismus Mao Zedongs zurückkehren – das überhaupt zu insinuieren ist ohnehin totaler Unsinn, weil ja jeder weiß, dass das gar nicht möglich ist. Aber ihr sollt auch nicht auf die ins Verderben führende Straße einbiegen, die China zu einer Demokratie machen würde. In anderen Worten: Das Riesenschiff Titanic soll die bewährte Route Richtung Eisberg nehmen, der schon am Horizont zu erkennen ist.

Aber der politische Bericht kann ohnehin vernachlässigt werden. Er wurde zwar viel beachtet, aber er goss eigentlich nur kaltes Wasser über alle Reformwilligen. Seine eigentliche Bedeutung liegt tatsächlich nur darin, dass die Kader verkündeten, nicht vom Weg abzuweichen.

Doch die Geschichte wartet immer mit Umständen auf, die sich plötzlich verändern, sie ist geprägt vom Auf und Ab. Viele setzen ihre Hoffnungen in die neue Generation der Partei und wünschen sich, dass sie

Die Hölle sind wir

Der Sender ist schwer angeschlagen – und schon meldet sich Medien-Tycoon Murdoch und gibt vergiftete Ratschläge

VON CHRISTIAN ZASCHKE

Den ganzen Montag über standen BBC-Journalisten vor dem Londoner BBC-Hauptquartier und befragten andere BBC-Journalisten zur Krise bei der BBC. Diese Gespräche übertrug der Nachrichtenkanal BBC News live. Bisweilen wurde ins Innere des BBC-Gebäudes geschaltet, wo weitere BBC-Journalisten sich vom kommissarischen BBC-Generaldirektor über die neuesten Entwicklungen informieren ließen. Mehr Nabelschau ist schwer vorstellbar, und eins kann man der BBC wirklich nicht vorwerfen: dass sie versuche, ihre Krise kleinzureden. Die Szenerie mit all den BBC-Leuten, die BBC-Leute interviewten, wirkte wie ein Sketch der legendären Komikergruppe Monty Python. Sie hätte witzig sein können, wenn es nicht im Kern um ein überaus ernstes Thema gegangen wäre: die Zukunft der BBC.

So turbulent ging es in der ehrwürdigen Rundfunkanstalt schon lange nicht mehr zu

Der Sender erlebt die größte Krise seines 90-jährigen Bestehens. Nachdem am Samstagabend der Generaldirektor George Entwistle zurückgetreten war, verkündete die BBC am Montag, dass die Nachrichtenchefin Helen Boaden und ihr Stellvertreter Stephen Mitchell ihre Posten vorübergehend ruhen lassen. Dass Entwistle, der lediglich 54 Tage im Amt war, als Abfindung ein volles Jahresgehalt in Höhe von 450 000 Pfund erhalten soll, haben am Montag Politiker aller Parteien scharf kritisiert. Derweil beschäftigen sich mehrere interne Untersuchungen mit dem journalistischen Versagen des Senders, und das Aufsichtsgremium BBC Trust hat die schwierige Suche nach einem neuen Generaldirektor begonnen. So turbulent ging es in der ehrwürdigen Rundfunkanstalt schon lange nicht mehr zu.

Auslöser der Krise sind zwei Beiträge der renommierten Nachrichtensendung Newsnight. Einen hat die Redaktion aus dem Programm genommen, wünscht sich im Rückblick aber, ihn gesendet zu haben. Einen hat die Redaktion gesendet, wünscht sich im Rückblick aber, ihn aus dem Programm genommen zu haben. Im ersten Fall, der ein Jahr zurückliegt, geht es um einen Film, in dem schwere Missbrauchsvorfälle gegen den verstorbenen BBC-Entertainer Jimmy Savile erhoben wurden. Der Film wurde nie gezeigt, erst Anfang Oktober machte der Konkurrenzsender ITV öffentlich, dass Savile ein Kinderschänder war.

Im zweiten Film wurde vor gut einer Woche ein ehemaliger konservativer Politiker beschuldigt, sich in den Siebziger- und Achtzigerjahren am Missbrauch von Kindern in einem Heim in Wales beteiligt zu haben. Zwar nannte die BBC dessen Namen nicht, sie gab jedoch so viele Hinweise, dass die Identität des Beschuldigten im Internet umgehend gelüftet wurde. Das Problem: Die Vorwürfe erwiesen sich am Freitag als haltlos, was die Redaktion mit minimaler Recherche hätte herausfinden können. Es gilt als sicher, dass einige Newsnight-Redakteure sich nach dem nicht gesendeten Savile-Beitrag durch besonderen Mut im zweiten Fall rehabilitieren wollten. Das ging furchtbar schief.

Die Politik betrachtet die Vorgänge in der BBC mit Argwohn. Zwar erklärte 10 Downing Street, der Amtssitz von Premier-

minister David Cameron, es handle sich nicht um eine existenzielle Krise des Senders, aber die Verantwortlichen müssten die Sache nun schnellstens in den Griff bekommen. Konsequenzen wurden keine angedroht, doch ist es ein offenes Geheimnis, dass insbesondere viele konservative Politiker der oft schonungslos kritischen BBC nicht wohlgesinnt sind und sich mit einer stärkeren Regulierung des Senders anfreundeten könnten. Auch eine drastische Kürzung der Mittel wird aus konservativen Kreisen immer wieder gefordert.

Wie ernst es um die BBC steht, lässt sich auch daran ablesen, dass Rupert Murdoch sich wieder zu Wort meldet. Der Medien-Tycoon ist in Großbritannien seit dem Abhör- und Bestechungskandal um seine Boulevardblätter News of the World und The Sun diskreditiert. Als größter Anteilseigner am Privatfernsehkonzern BSkyB ist ihm die Macht der mit Gebührengeld finanzierten BBC seit Langem ein Dorn im Auge. „Der BBC-Schlamassel ist eine goldene Gelegenheit für Cameron, den großen öffentlich-rechtlichen Sender neu zu organisieren“, schreibt er jetzt auf Twitter. Ein weiterer Eintrag lautet: „Der BBC-Schlamassel gibt Cameron die Gelegenheit zum Neuordnen und Verbessern. Und auf die Kabinettskollegen zu hören, die nicht bei den Liberaldemokraten sind.“ Murdoch meint diejenigen unter den Konservativen, die von der BBC so wenig halten wie er selbst.

Die Familie Murdoch fordert seit Langem, dass die BBC sich auf die Bereiche konzentriert, die nicht von kommerziellen Medien-Anbietern abgedeckt werden können, sprich: auf die unprofitablen. Rupert Murdochs Sohn James hat 2009 in einer viel beachteten Vorlesung die Vorstellungen der Familie formuliert. Die BBC betreibt „Landraub“, sie dränge mit ihrem Gebührenregal als steuerfinanziertes Unternehmen die Konkurrenz aus dem Wettbewerb. Staatlich alimentierter Journalismus, so Murdoch, sei eine Gefahr für die Meinungsvielfalt und die Unabhängigkeit der Nachrichten. „Es scheint“, sagte Murdoch, „als habe sich unsere Gesellschaft dazu entschieden, Meinungsvielfalt und Unabhängigkeit verdorren zu lassen.“

Im Klartext bedeutet das: Die Murdochs wollen eine radikale Gebührenkürzung und eine massive Verkleinerung der BBC. Nachdem sie im vergangenen Jahr den wohl größten Skandal der britischen Mediengeschichte im eigenen Haus verwalteten mussten, hatten sie ihre diesbezügliche Lobbyarbeit eingestellt. Allerdings nur vorübergehend, wie sich nun zeigt.

Die schwierigste Aufgabe wird darin bestehen, das Vertrauen in die BBC wiederherzustellen

Der kommissarische Generaldirektor Tim Davie sagte am Montag, dass es vorerst keine weiteren Beurlaubungen oder Rücktritte geben werde, bis die internen Untersuchungen abgeschlossen seien. Er habe vorübergehend eine klare Kommandostruktur eingeführt, um eine enge Kontrolle zu haben; normalerweise arbeiten die einzelnen Abteilungen der BBC vollkommen unabhängig. Der BBC Trust will innerhalb weniger Wochen einen neuen Generaldirektor oder eine Generaldirektorin benennen. Dessen oder deren schwierigste Aufgabe wird darin bestehen, das Vertrauen in die BBC wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Senders gegen Eingriffe aus der Politik zu verteidigen.



Wei Jingsheng, 62, wandelte sich vom Maoisten zum Kritiker des Systems. Insgesamt saß er 15 Jahre in chinesischen Gefängnissen. Seit 1997 lebt er in den USA. ÜBERSETZUNG: EDELTRAUD RATTENHUBER FOTO: AFP